

Bezugspreis:
Monatlich
durch Boten 3,50 Mk.,
durch die Post 3,70 Mk.
erschaffen täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von E. G. Sommer,
600 Kasse und Diez.

Diezener Zeitung

Preis der Anzeigen:
Die einseitige Zeile 60 Pf.
Ankündg. 80 Pf.
Reklamzeile 2,00 Mk.
Ausgabestellen:
Diez, Rosenstraße 34.
Fernsprecher Nr. 17.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Karl Breidenbach, Gm.

(Kreis-Anzeiger.)

(Bahn-Vote.)

(Kreis-Zeitung.)

Verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Untertahnkreis.

Nr. 157.

Diez, Donnerstag, den 15. Juli 1920.

26. Jahrgang

Der Friedensschritt des Obersten Rates.

Spa, 13. Juli. In den Kommissionsverhandlungen des heutigen Vormittags sind noch keine greifbaren Resultate erzielt worden. Als deutsche Mitglieder der gemischten Kommission, die für die Frage der Wiedergutmachung ein-
gesetzt worden ist, sind die folgenden Herren bestimmt worden: Finanzminister Bittich, Geheimrat Wiedfeld, Staats-
sekretär Bergmann und Herr Melchior. Diese gemischte
Kommission hat heute vormittag getagt. Neue Gesicht-
punkte sind noch nicht hervorgetreten. Die deutschen Mit-
glieder sind aufgefordert worden, nunmehr einen präzisen
Vorschlag für die alljährlich zu bezahlende Reparations-
summe zu machen. Darüber wird in einer Radikettung
im Einverständnis mit Sachverständigen entschieden werden.

Spa, 13. Juli. Heute vormittag 11 Uhr tagte die ge-
mischte Kommission, die gestern nachmittag von der Kon-
ferenz eingesetzt worden war, um die Vorschläge der deutschen
Regierung in der Wiedergutmachungsfrage erläutern zu
lassen. Die deutsche Delegation war durch Finanzminister
Dr. Bittich, Dr. Karl Melchior als wirtschaftlichen Beirat
des Ministers des Innern, Geheimrat Wiedfeld als Beirat
des Wirtschaftsministers, Staatssekretär Bergmann als Ver-
treter des Wiederaufbauministeriums und der Kriegslasten-
kommission und einem Sekretär vertreten. Der Präsident
der Kommission stellte fest, daß es sich nur um eine En-
quete, nicht um eine Beratung handle und richtete an
die deutschen Delegierten eine Reihe von Fragen, durch die
verschiedene Punkte der deutschen Vorschläge aufgestellt wur-
den. Sodann hat er die deutsche Delegation um eine be-
stimmte Auskunft über die Höhe des finanziellen Ange-
bots insbesondere der Jahreszahlung, Reichsminister Dr.
Bittich stellte eine solche Antwort für den ersten Nach-
mittag in Aussicht. Inzwischen hatten die deutschen Sach-
verständigen in der Kohlenfrage mit den Sachverständigen
der Gegenseite über ein neues Angebot monatlicher Tonnen-
lieferung an die Alliierten verhandelt und das Angebot in
schriftlicher Form gebracht. Eine Erklärung war nicht zu-
stande gekommen. In dem am Nachmittag beim Reichs-
kanzler abgehaltenen Ministerrat wurde insbesondere be-
sprochen, die gewünschte Auskunft an die gemischte Kom-
mission zunächst zurückzuhalten, bis in der Nachmittags-
sitzung des engeren Rates der Konferenz die Kohlenlieferung,
die dem wirtschaftlichen Angebot zur Basis dienen müsse,
festgestellt worden sei.

Spa, 13. Juli. Habas. Die deutschen Kohlenmach-
er hielten heute vormittag eine Sitzung ab, der die
alliierten Vertreter in offizieller Form bewohnten. Die
deutschen Sachverständigen machten den Vorschlag, monat-
lich 1100000 Tonnen zu liefern, diese Lieferung ab 1. Okto-
ber auf 1400000 Tonnen zu erhöhen und, falls eine Verbesse-
rung in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands eintrete,
schließlich auf eine Lieferung von 1700000 Tonnen ab 1.
Oktober zu kommen. Ihrem Angebot hätten die deutschen
Sachverständigen die Drohung beigefügt: Nehmen Sie unser An-
gebot an. Wenn nicht, ist es wahrscheinlich, daß
die Lieferungen nach dem Kongreß von G. h. f. noch herabgesetzt
werden.

Die Kommissionsverhandlungen.

London, 12. Juli. Im Unterhaus sagte Bo-
war Law in Erwiderung auf eine Frage: die russische Re-
gierung hat die von der englischen Regierung aufgestellten
Bedingungen angenommen. Demzufolge ist eine Verständ-
igung über die Grundlagen für die Verhandlungen wegen
des Handelsverkehrs erreicht worden. Die englische Re-
gierung hat nach den Besprechungen mit den Alliierten und,
wie ich höre, mit deren Zustimmung der Räteregierung
vorgelegt, einen sofortigen Waffenstillstand unter ge-
richteten Bedingungen mit Polen abzuschließen, dem eine
folgende soll. Ein Abgeordneter fragte: heißt das, daß die
Räteregierung anerkannt worden ist? Bonar Law er-
widerte: Nein! Kennenwort: Es ist doch der Fall!
Woodward erklärte, die englische Regierung drohe
nicht, daß die russische Regierung sich nicht willfährig er-
weisen würde. Bonar Law antwortete: Ich glaube nicht, daß es
bedeutung hat, hier zu verlangen, Einzelheiten unserer Mit-
teilung an Rußland bekannt zu geben. Der Mitteilung
im geeigneten Zeitpunkt veröffentlicht werden. In
Erwiderung auf weitere Fragen über diese Angelegenheit
sagte Bonar Law die Bemerkung, es wäre besser, abzu-
warten, ob nicht die Räteregierung das vorgeschlagene Ver-
ständnis annähme.

Die maritimen Klauseln.

Berlin, 14. Juli. Die gleichzeitig mit dem Ent-
scheidungsabkommen in der Donnerstagsitzung der deut-
schen Delegation überreichten maritimen Klauseln der Al-
liierten haben, wie die Denz meldet, folgenden Wortlaut:
1. In Übereinstimmung mit Art. 185 des Friedens-
vertrages und mit dem Protokoll hätten bestimmte Kriegs-
schiffe vor dem 10. März 1920 ausgeliefert werden müssen.
Regierungen haben aber den Eindruck, daß die Ablieferung
dieser Schiffe hinausgeschoben worden ist. In-
folge unserer Kenntnis sich in guter Verfassung befinden,
sind diese Schiffe ihnen in dem Zustande übergeben
worden, in dem sie sich am 10. März 1920 befanden.
2. Nach Art. 20 sind die deutschen Behörden gehalten,
Kommission für notwendig erachtet. Trotz wiederholter Er-
mahnungen und Beanstandungen dieser Kommission ist nicht

ein einziges der verlangten Dokumente und Pläne ausge-
liefert worden, außerdem haben die deutschen Marinebehör-
den am 2. Mai 1920 erklärt, daß sie nur solche Pläne
und Schriftstücke ausliefern würden, deren Übergabe sie
für zweckmäßig hielten. Die alliierten Regierungen können
den Anspruch der deutschen Regierung, in letzter Hinsicht
selbst zu entscheiden, in welchem Maße Pläne und Do-
kumente nützlich sind, nicht anerkennen. Der Friedensver-
trag setzt ausdrücklich das Gegenteil fest. Die Dokumente
sind für die Gesamtausführung des Vertrages unentbehr-
lich, indem sie sie zurüchthält, hat die deutsche Regierung
die Abfertigung verzögert.

Anhangsbemerkung. In diesem Augenblick erfahren die
alliierten Regierungen, daß unter dem 1. Juli Berlin ihnen
eine Note der deutschen Regierung hat zugehen lassen, in der
dieser Erklärungen zur vorerwähnten Frage abgibt und
anfragt, was die Pläne auszuweisen. Es bleibt darum
nicht weniger wahr, daß eine Verzögerung von mehreren
Monaten schon eingetreten ist.

3. Die Artikel 205 und 206 ermächtigen die interal-
lierte Marine-Kontrollkommission, sich nach bestimmten
Punkten des deutschen Staatsgebietes zu begeben und zu
diesem Zwecke von der Berliner Regierung die notwendigen
Erläuterungen zu verlangen. Bestimmte Inspektionsbe-
höörden haben sich bis zur Stunde an ernstlichen Schwierig-
keiten und Widerständen von seiten der deutschen Behör-
den gestoßen. Außerdem ist festgestellt, daß im Verlauf einer
Inspektionen bedeutende Mengen Kriegsmaterials ver-
heimlicht worden waren. Diese Fälle sind den deutschen
Marinebehörden schon zur Kenntnis gebracht worden.

4. Nach Artikel 192 muß das in diesem Artikel er-
wähnte Materialmaterial den alliierten Mächten übergeben
werden. Es sind Fälle vorgekommen, in denen sich fest-
stellen ließ, daß ein Teil des in Frage stehenden Materials
ohne Vorwissen der Kontrollkommission veräußert worden
ist. Auch diese Fälle sind insgesamt den deutschen Ma-
rinebehörden mitgeteilt worden.

Ein bitteres Urteil aus englischem Munde

London, 10. Juli. Die gründlich die liberalen Kreise
in England von ihrer einstigen Vorliebe für die Polen
geheißt worden sind, dafür liefert ein Aufsatz in der letzten
Nummer der Nation einen Beweis. Es wird darin folgende
Lage erhoben:

Polen ist zu einer unerträglichen Plage für all seine
Nachbarn geworden. Es hat nicht weniger als vier Kriege
angefangen, als es kaum vier Wochen alt war, und sein
Ideal scheint es zu sein, so viel Kriege zu führen, wie es
Grenzen hat. Wir sind auch im Zweifel, ob irgendwelche
bittere Erfahrung es von dieser Gewohnheit heilen wird,
und wir möchten wünschen, daß die Verbündeten, wenn sie
die Deutschen entwaffnen haben oder vielleicht auch etwas
früher, ihre Aufmerksamkeit den Polen zuwenden. Jeden-
falls werden die Russen, wenn sie darauf bestehen, ihre
eigenen Grenzprovinzen zurückzugewinnen und die Polen auf
das Gebiet zu beschränken, das ihnen der Pariser Vertrag
zukommt, der Allgemeinheit einen Dienst zu leisten. Wir sind
heute nicht mehr sehr stolz darauf, daß wir die erste Ge-
staltung in England, so überhaupt unter den Verbündeten
waren, die für die Unabhängigkeit Polens eintrat, als die
verbündeten Regierungen noch damit zufrieden waren, es
unter der Herrschaft des Jaren zu lassen. Aber es ist uns
vollkommen klar, daß man den Polen die Herrschaft über
keine andere Rasse anvertrauen darf, und wir bedauern es
tief, daß bereits so viele Millionen Deutsche und Juden
zu ihren Untertanen zählen.

Die Entwaffnung der Einwohnerwehren.

Karlsruhe, 14. Juli. In einem bemerkenswerten
Artikel im „Staatsanzeiger“ wendet sich der badische Mi-
nister des Innern Remmele gegen die Erklärung der bay-
rischen und württembergischen Regierung, daß sie unter
keinen Umständen auf die Einwohnerwehren verzichten könn-
ten. Der Minister schreibt:

Man mag es mir in Württemberg und Bayern nicht
verübeln, wenn ich sage, daß durch derartige Erklärungen
der Sache des deutschen Volkes schadet genügt ist. Mit
der Leistung weiteren Widerstandes gegen die von der En-
tente uns auferlegten Verpflichtungen befreit man in poli-
tischer Hinsicht die Stellung des deutschen Volkes nicht.
Man steht nicht nur der Entente die Waffen zu Verfü-
gung, sondern auch der Opposition in
Deutschland außerordentlich billigen Agitationsstoff. Wir
sind aus einer Reihe von Beobachtungen ganz klar, daß die
Franzosen in der deutschen Unabhängigen-Presse die beste
Nachrichtenüberbringerin über die in Deutschland vorgehen-
den Dinge haben. Jedes Gewehr, das gelegentlich einmal
in einem Bauernort an das Licht des Tages gebracht wird,
wird in der Presse der Unabhängigen veröffentlicht. Die Kom-
mandostelle der französischen Besatzungsarmee der Pfalz
weiß solchen Nachrichten dienst hoch zu schätzen. Wenn in
früherer Zeit zum Zweck der Durchführung der Entwaff-
nung von einer Besetzung des Rheinheim-Heidesberger Ge-
bietes gesprochen wird, so klingt dies in politischer und mili-
tärlich-technischer Hinsicht gar nicht unbefriedigend.

In dem Artikel heißt es dann weiter, daß die badische
Regierung sofort mit dem Einlegen der Waffen und ihrer
Unterbringung in sicheren Gewahrsam begonnen habe, als
die Entente vor einigen Monaten zum ersten Mal mit ihrer
Forderung auf Entwaffnung der Einwohnerwehren heraus-
rückte. Jetzt werde die badische Regierung die Waffen auch
aus den Gemeindeparks einziehen und sie den Reichs-
organen zur Verfügung stellen. Minister Remmele fährt
dann fort:

Die badische Regierung tut das in der besten Überzeu-
gung, daß mit der Erhaltung der Sicherheitspolizei als

reines Polizeigewalt und mit der technischen Anpassung von
Polizei und Gendarmerie an die Bedürfnisse unserer Zeit
die Ruhe im Lande auch in kritischer Zeit erhalten werden
kann. Solange zur Unterstützung dieser Organe die Ein-
wohnerwehr zugelassen war, war sie eine würdige Verfech-
terin dieses Sicherheitsinstrumentes. Nun aber das Schick-
sal es anders will, hat es keinen Sinn, dem Gewesenem
nachzutruern. Wenn in Bayern sich im Besitz der Ein-
wohner über 200000 Gewehre befinden, so bedeutet das
für jede Regierung eine ebenso große Gefahr, als wenn
die Forderung der Kommission auf Bewaffnung des Pro-
letariats erfüllt würde. Man spricht nicht masonist von
der in Bayern vorhandenen Gefahr einer Wiederaufrufung
der Monarchie. Man wird auch nicht den Verdacht los,
daß die bayerische Regierung deshalb an der Einwohner-
wehr festhält, weil diese sich nicht entwaffnen lassen will
und weil offenbar die Regierung nicht die Kraft in sich
fühlt, diese Entwaffnung durchzuführen. Wie dem auch sei,
wir Badener als Grenzlandbewohner haben nicht Lust, die
Gefahren feindlicher Invasion zu tragen und uns dadurch
wirtschaftlich dauernd schädigen zu lassen, weil man wei-
ter weg von der feindlichen Grenze mit dieser Gefahr nicht
rechnen gelernt hat. Wir müssen von der Reichsregierung
die prompte Erfüllung des in Spa gegebenen Ja-Wortes
erwarten, und das auch deshalb, weil ich immer mehr her-
ausstelle, wie verfehlt die deutsche Politik letzten Endes ist,
wenn die politisch führenden Kreise nicht endlich mehr
mit Ja oder Nein und mit Entweder-Oder urteilen lernen.
Reden, Resolutionen und Proteste kräftigen Deutschlands
Stellung im Weltkongress nicht. Alle Maßnahmen schwächen
die innere Kraft des Volkes und schwächen auch das Ver-
trauen in unsere Ehrenhaftigkeit.

Zum Schluß sagt Minister Remmele, daß die Geschäfts-
störungen und Arbeiterentlassungen zwar neue Gefahren
für die innere Sicherheit brächten, daß Waffen in der Hand
der Bürger jedoch nicht zur Befriedigung der Ursachen der
neuen Schwierigkeiten dienen.

Die Frage des Anschlusses an Deutschland.

Wien, 14. Juli. Die Arbeiter-Zeitung rechnet mit
dem Freisitzer des Grafen Czernin, Wiesner, ab, der im
Juliheft der Österreichischen Rundschau den Anschluss
Österreichs an Deutschland mit einer Reihe von Schein-
gründen bekämpft, unter denen die Gefahr der Verpreu-
fung Österreichs und der Verwirrung der Sinne der großen Sie-
gerstaaten die namhaftesten sind. Sie sieht in diesen Aus-
führungen nichts als schmerzgelbe Machenschaften. Sach-
lich stellt sie diesen entgegen die Unmöglichkeit, Deutsch-
österreich selbst mit größeren Krediten zu helfen, die aber
noch den bisherigen Erfahrungen und nach der im fran-
zösischen Senat geforderten Vergrößerung des Ausmaßes der
Friedensratifikationen bis zum Abschluss eines endgültigen
Abkommens über die Bezahlung der Vorkriegsschulden sein-
zöglicher Gläubiger in Vorkriegsaltern nicht zu erhoffen
sind, denn Österreich könne aus sich selbst die Kräfte zum
Wiederaufbau nicht entwickeln. Bei der Aufteilung habe
Österreich eben nichts bekommen, außer dem schönen Verge-
des Überflusses an Beamten und den großen Schulden.
Der freiste Berkehr nütze nichts, wenn der, der am meisten
brauche, nichts zu zahlen habe. Nur in dem großen wirt-
schaftlichen Gebiet könne Österreich das widerfinden, was
im der Zusammenbruch geraubt habe. Innerhalb einer
großen Nation entspringen die Quellen des wirtschaftlichen
Lebens reich und mannigfaltig. Da summieren sich nicht
nur die Rohstoffe, sondern die Tüchtigkeit und Talente.
In welcher ganz anderem Verhältnis stünde Österreich zu
den Nachbarstaaten, wenn die ganze gesammelte Kraft des
großen deutschen Volkes für seine Wirtschaft in die Wage
schale fiele. Auch Deutschland freude in furchtbaren Not,
aber schon Frankreichs Furcht vor diesem Überhandnehmen
bedenke, daß aus dem Zusammenschluss Österreichs und
Deutschlands nur Möglichkeiten eines neuen und frucht-
baren Aufstiegs zu gewärtigen seien. Woran Österreich
leide und frange, sei das Bewußtsein einer trostlosen Ver-
einamung, und was Deutschland nottue, sei, wieder, daß
nach dem schmerzhaften Demütigungen von Versailles die
Gemüter einer Aufrichtung bedürfen. Deshalb sei der An-
schluss das unverrückbare Ziel einer deutsch-österreichischen
Politik, die Österreich wieder zu einem Volk machen wolle,
das nicht nur bemitleidet, sondern geachtet werde. An dieser
ehernen Wahrheit werde alle schwarz-weiße Verführungs-
kunst, die noch dazu über die Utopie der Donaukonfödera-
tion verführe, zuschanden. Die Wahrheit dieser Gedanken ist
indes bei den Christlich-Sozialen nicht durchwegs anerkannt.
Ihr Obmann Kunze stellte sich in einer Rede vor den
Christlich-sozialen Arbeiterverein, als ob er an die Errichtung
Österreichs vom Untergang jäh. Anschluss glaubte, als
ob Österreich sich aus sich selbst in die Höhe zu arbeiten
vermöchte. In dieser Rede schildert er die Christlich-Sozia-
len in der Anschlussfrage dreifach geblasen. Die einen
schwärmten geradezu für den Anschluss, die zweiten hätten
die Donaukonföderation auf ihr Programm geschrieben,
und die dritten wollten einen großen katholischen süddeut-
schen Staat im Gegensatz zum protestantischen Preußen.
Die Behauptung, daß er die Donaukonföderation unter
habsburgischer Herrschaft wolle, sei nicht wahr. Er be-
schäftige sich mit dieser Frage überhaupt nicht, weil Wich-
tigeres zu tun sei, nämlich, zu versuchen, aus eigener Kraft
und auf eigenem Boden wieder zu leben.

Die „Einverleibung“ Schleswigs.

Kopenhagen, 14. Juli. Aus Anlaß der Einverlei-
bung der ersten schleswighischen Zone in Dänemark hat
Kopenhagen Flaggenschmied angelegt. Alle öffentlichen Ge-
bäude, die Banken und die Börse sind geschmückt. Von
Mittag an erschienen keine Zeitungen. Am Schloß Amalien-

borg war heute vormittag ein Staatsrat, in dem der König den am 5. Juli in Paris unterzeichneten Vertrag über Nord-Schleswig ratifizierte. Der Ministerpräsident Neuzigard legte daraufhin ein Gesetz über die Einverleibung Nord-Schleswigs zur Unterzeichnung durch den König vor. Ferner unterzeichnete der König eine Botschaft an das Volk. Der Ministerpräsident hielt an den König eine Ansprache, worin er betonte, daß der heutige Tag der höchste Feiertag in der Geschichte der heutigen Generation ist. Der König erwiderte mit einer Rede, wobei er seines Großvaters, des Königs Christian 9., und seines Vaters, des Königs Friedrich 8., gedachte. Als der König die Unterzeichnung der Einverleibung und der Botschaft vollzog, feierten die Fürsten Salut: gleichzeitig begannen alle Glocken der Stadt zu läuten. Heute abend begibt sich der König mit der königlichen Familie und den Mitgliedern der Regierung und dem Reichstag nach Nord-Schleswig, wo er morgen zu Pferde die alte Grenze überschreiten wird. Daran wird sich eine Reihe von Festlichkeiten in den verschiedenen Städten Nord-Schleswigs schließen. In der Botschaft an das Volk heißt es unter anderem:

Durch das ebendmütige Eintreten der Mächte und durch den klar ausgesprochenen Willen der Bevölkerung ist in dem Umfang, in dem die auf das Abstimmungsergebnis begründete Entscheidung der Mächte zu ermöglichen hat, der Wunsch erfüllt worden, den alle Dänen jetzt seiner unglücklichen Stunde gedenken. Da wir Nord-Schleswigen Landsteute vom Reich getrennt wurden, der Wunsch nämlich, mit ihnen wieder vereinigt zu werden. Wir erkennen von allen Bewohnern dieser Landgebiete, daß sie uns als rechtmäßigen König anerkennen und mit Treue nach der Verfassung, den Gesetzen, den Verordnungen und andern Vorschriften leben werden, die jetzt oder später erlassen werden. Es ist unser und aller Dänen innigster Wunsch, daß mit der Wiedervereinigung für unsere alten Grenzländer eine Zeit eingeleitet werde, wo eine Verwaltung, die der Rechte aller achtet, die jahrhundertelangen Feindschaften mildern wird, wo alle dänischen Bürger sich zur Arbeit vereinigen für das Glück und den Fortschritt des gemeinsamen Vaterlandes.

Englisch-russische Verständigung.

Paris, 14. Juli. Die Frage des Friedensschlusses zwischen Polen und Rußland scheint in ein neues Stadium getreten zu sein. Nach einer privaten Meldung des Journal des Débats aus Spa soll der Oberste Rat sich entschlossen haben, den Frieden zwischen Polen und Rußland unter folgenden Bedingungen zu vermitteln:

1. Polen gibt alle imperialistischen Pläne auf und überläßt dem Obersten Rat bedingungslos alle Fragen der Grenzfestsetzung sowie die Regelung der Beziehungen Polens zu Danzig.

2. Polen zieht sofort seine Truppen auf die Linie Grodno-Pinsk-Litomisch zurück.

Die russischen Truppen rücken 50 Kilometer von den polnischen Truppen entfernt vor. Sollten sie die Grenzen des eigentlichen Polens überschreiten, würden die Alliierten Polen ihre Unterstützung gewähren.

4. Eine internationalisierte Friedenskonferenz wird nach London einberufen. An ihr nehmen teil Polen, Rußland, Finnland, Litauen und Westgalizien, das in den Stand gesetzt wird, seine Unabhängigkeit zu erlangen.

Frankreich und Italien sollen diesen Bedingungen zustimmen, ohne an ihnen mitgearbeitet zu haben.

Politische Rundschau.

Zur Besoldung der Minister. Der Besoldungsausschuß der Reichstagen-Versammlung hat beantragt, bei Ausarbeitung eines Ministerbesoldungsgesetzes dahin Sorge zu treffen, daß kaiserscheidende Minister, die Anspruch auf Ruhegehalt nicht haben, ihr bisheriges Gehalt für sechs Monate nach dem Ausscheiden als Übergangsgeld weiter gezahlt wird, um ihnen den Wiedereintritt in einen bürgerlichen Beruf zu erleichtern.

Kommunistisches Staatsrecht. In der in Magdeburg erscheinenden kommunistischen Zeitschrift findet sich in einem Artikel, der für die Idee Polys, welche als „die Befreiung der Arbeiterklasse durch sich selbst mit allen Mitteln“ bezeichnet wird, folgende bemerkenswerte Stelle: „Da eine Zentralregierung in Wahrheit nicht bestand und Polys in seinem Territorium tatsächlich die Macht in der Hand hatte, war er nach den geltenden staatsrechtlichen Prinzipien in diesem Territorium Regierung und gesetzgebend und in der Lage, Steuern zu erheben. Wenn dann eine auswärtige Truppenmacht sich gegen ihn und seine Truppen in Bewegung setzte, so war damit der Kriegszustand geschaffen und aus diesem tatsächlichen Zustand ergaben sich gewisse Kriegsnöthigkeiten.“

Wenn etwas die Geistesverfassung der Kommunisten kennzeichnet, so ist es die unglückliche rechtliche Begriffsverwirrung. Danach wäre also jeder Räteoberhauptmann, der einige Dörfer kontrolliert, in diesem Gebiet die staatsrechtlich gültige Regierung. Und wenn er dann beim Veranlassen der Polizei mordet und brandstiftet, so wären das „gewisse Kriegsnöthigkeiten“.

Oberschlesien. Die von einer Korrespondenz gebrauchte Nachricht, daß die Entente beschlossene, Ober-Schlesien ohne Rücksicht auf das Abstimmungsergebnis besetzt zu halten als Hauptpfand für die uns in Spa aufgelegten Bedingungen, entbehrt, wie wir von unrichtiger Stelle erfahren, jeder tatsächlichen Unterlage.

Eupen und Malmedy. Die Eupener, Malmedyer und Monchauer in Belgien haben an den Schutzbund der Grenz- und Auslandsdeutschen in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:

Wie in den vereinigten Landmannschaften der Eupener, Malmedyer und Monchauer zusammengeschlossenen Deutschen der äußersten Westmar, sprechen ihren deutschen Vorfahren und Schwestern im Ost- und westrussischen Abstammungsgebiet Dank und Freude aus für die Treue, mit der sie der Einigkeit Deutschlands einen glänzenden Sieg errungen haben. Sie leben darin einen Beweis für die Gerechtigkeit ihrer Forderung nach ebenso unbefangener und repräsentativer Abstimmung im Stammlande des ältesten deutschen Reichesverbandes.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Limburg, 13. Juli. Der Generalvikar der Diözese Limburg Herr Domkapitular Geistl. Rat Dr. Höhler ist am 9. d. Mts. infolge eines Schlaganfalls zum Tode entschlafen.

Stein, 14. Juli. Die Dammersch Holzschmiederei wurde in der Nacht zum Sonntag durch ein Großfeuer zerstört, wobei das Meißel- und Maschinenhaus sowie das Wohnhaus vollständig vernichtet wurden. Dem Feuer fielen bedeutende Vorräte an Stämmen und fast die gesamten Maschinen zum

Opfer. Auch zwei mit Brettern beladene verlorbrennte Eisenbahnwagen wurden ein Raub der Flammen.

Bad Homburg, 14. Juli. Zum Freisabbau. Eine Bürgermeisterversammlung des Oberamtskreises, an der auch die Vertreter der Gewerkschaften und die Vorstandsmitglieder des Kreisbauernvereins teilnahmen, richtet an die Landwirtschaft einen Appell wegen Herabsetzung der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Die Vertreter der Bauernschaft erklärten, daß bereit, den Wunsch, der sich besonders für eine Herabsetzung des Preises für Herbstkartoffeln ausspricht, der in den nächsten Tagen nach Homburg einberufenen großen Versammlung der Bauernschaft des Kreises vorzulegen. Man erwartet, daß diese Bauernversammlung des Oberamtskreises als erste Maßnahme mit einem guten Beispiel vorangehen werde, dem sich dann auch die übrigen Kreise des Gebietes anschließen könnten.

Willingen, 14. Juli. (Ein Kampf mit Schleichhändlern). In Anspach wollte am Samstag nachmittag der Gewerkschafts-Bachmeister Ruffian in den Wirtschaftsgeländen des Christ. Bader, der im Verdacht des Schleichhandels stand, eine Durchsuchung nach verheimlichten Vorräten vornehmen. Als die beiden Söhne des Baders dem Bedienten Widerstand leisteten, und auf ihn eindringen, machte dieser von seiner Waffe Gebrauch und traf den 18-jährigen Willi Bader mit einer tödlichen Kugel, während der andere Sohn durch Schüsse in den Arm schwer verletzt wurde. Auch der Bachmeister mußte sich zur Behandlung der beim Kampfe erlittenen Verletzungen ins Willinger Krankenhaus begeben. Nach dem Verfall sammelte sich eine drohende Menge vor der Wohnung des Bachmeisters an. Es gelang indes dem Bürgermeister die Menge zu beschwichtigen und zum Auseinandergehen zu veranlassen. Ein Vorgang ähnlicher Art hatte sich schon am Donnerstag in Anspach zugetragen. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung ist die gesamte Gendarmerie des Kreises Willingen nach Anspach zusammengezogen worden.

Aus dem Antriebskreise.

Wegen der Schwarzwildplage. Dankbar werden es viele Gemeinden des Kreises begrüßen, daß sich auf Veranlassung der Regierung ein eigenes Jagdkommando zur Bekämpfung des Schwarzwildes gebildet hat. Es besteht aus Jagdschülern unter Führung eines Förstlers. Aus anderen Kreisen wird bereits von solchen Erfolgen dieser Kommandos berichtet. Hoffen wir, daß auch unsere stark heimgesuchten Gemeinden auf diese Weise endlich von den Schädlingen befreit werden.

Eine Antolinie durch den Rannus. Die Stadtverordnetenversammlung Langenlonsbach erklärte sich bereit, den Plan zur Errichtung einer Antolinie seitens der Postverwaltung von Rannus über Langenlonsbach nach Trarbach zu unterstützen, eint mit einem Zuschuss beizutragen, wenn das Unternehmen sich nicht rentieren sollte.

Verkehrsland auf dem Elrich. In einer Nummer der Diezer Zeitung vor einigen Tagen war hingewiesen worden, auf die geradezu katastrophalen Verkehrsverhältnisse hier auf dem Elrich. Seit dieser Zeit ist nicht, wie zu erwarten war, eine Verbesserung, sondern eher ein Verschlechterung eingetreten. Gerade Angenehmstoden, die Metropole des Landes, ist ganz von dem Verkehr abgeschnitten. Nur einmal des Tages, und zwar morgens 8.45 Uhr geht ein Fernzug nach Jockhans, ansonsten ist der Verkehr der Staatsbahn dann still, aber nachmittags nach Wiesbaden (Sitz unserer Regierung) und des Landgerichts) ist es geradezu trübsal, denn von 7.30 bis 1.32 Uhr verkehrt kein Zug von Jockhans nach Wiesbaden, Mittags 1.40 Uhr etwas geht der einzige Fernzug von Jockhans nach Angenehmstoden. Dies ist die ganze Bahnverbindung. Nach dem Rhein hin ist absolut keine Fahrgelegenheit vorhanden. Wer gut auf Schuften haben will, kann den Weg von Angenehmstoden nach Raststätten (13 Kilometer) zu Fuß zurücklegen, oder je nach Gelegenheit, wenn das Bähndchen gewollt ist, per Steinweg fahren und zwar im Brennstoffbuschen bei Beschaffung des Fahrpreises zweiter Klasse. Von da aus hat er wieder Fußweg zurück nach St. Goarshausen hin, um in den Rhein zu kommen. Wenn auch vor dem Krieg die Verkehrsverhältnisse hier in der Gegend in vielen Teilen zu wünschen übrig ließen, so sieht man sich doch nach der Zeit zurück, so auch in diesem Punkt von der alten Regierung, daß dem Verkehrswesen das größte Interesse entgegengebracht worden ist. Wir erwarten von der jetzigen Regierung, daß dem so schnell wie möglich bessere Verkehrswege gebahnt werden. War es nicht früher, wie noch der Postwagen die Straße Raststätten—Jockhans pflasterte, besser wie heute, wo wir im Besitz einer Bahnverbindung sind. Wäre es nicht vorteilhafter, dieser geradezu erschreckenden Bahnverbindung ganz den Stempel zu machen, damit Platz vorhanden wäre für ein besseres Verkehrsmittel. Die gute alte Zeit, wo die gelbe Postkutsche noch unter dem Führen von Herrn und Frau fuhr, werden uns in guter Erinnerung bleiben. Statt dieser elenden für jede Industrie schädliche Bahnverbindung, welche die gelbe Postkutsche schon von vornherein dem Untergrund geweiht. Durch die so beschlagene Bahnverbindung hat Angenehmstoden des Tages nur einmal Postbeförderung: und weil dieses Bähndchen des Sonntags überhaupt nicht fährt, so sind wir hier zwei volle Tage—Samstag mittags bis Montag mittags—ohne jede Postverbindung. So ist man tagelang von jeglichem Verkehr gänzlich abgeschnitten. Unsere am Naturschönheiten bevorzugte Gegend und für monden Wanderer sehr beliebter Zielpunkt kann infolgedessen nicht mehr als Ausflugs- und Erholungsort angesehen werden, da das Nachbarkommun zu beschwerlich und für viele, die sich einen Wagen nehmen müssen, zu kostspielig ist. Wir sehen in dem neuen Reichesverkehrsminister hoffentlich den rechten Mann, der an den rechten Platz gesetzt ist, welcher sich dieses Schmerzenskindes besonders annimmt, daß wir auch wieder die früher, unter der alten Regierung, durch gute Verkehrsverhältnisse entschädigt werden, und unser Elrich gut und leicht erreichbar ist.

Giershausen, den 10. Juli. Jeder Wanderer, der unser, wegen seinen Naturschönheiten bekanntes Geländchen durchschreift, wird gewiß die so reizend gelegenen, Ortsteile des Kirchhofs bedauern, welche wegen Mangel an geeigneten Verbindungswege von jedem Verkehr abgeschnitten sind. Die Klagen der Talbewohner (gehört ist das untere Geländchen, denn von Giershausen bis Montabaur führt eine gute Landstraße) sind nur zu berechtigt, denn in dem Tale von Giershausen bis Weinhart sucht man vergebens nach einem einigermaßen fahrbarem Wege. Es scheint, als wäre diese von der Natur in so reichem Maße begabte Gegend von der Menschheit ganz vergessen worden. Und doch ist dieses Geländchen kein armes Land. Reiche Wälder schmücken die Berghänge, deren Erträge infolge der schlechten Holzabfuhrverhältnisse ganz minimal sind. Verletzungen auf Blei, Silber, Kupfer, Zink, Mangank, Eisen usw. sowie auf Dachziegel sind hier vorhanden, jedoch eine Grube der anderen die Hand reicht. Aber alles liegt still wegen Mangel an den nötigen Abfuhrwegen. Solange diese

nicht vorhanden sind, kann an einen wirtschaftlichen Betrieb nicht gedacht werden. Auch mächtige Quarzflitzer treten im Bereich des unteren Geländes auf, die gute Bau- und Strahlenkristalle abgeben. Würde das Tal aufgeschoben, dann würde bei gleichzeitiger Ausnutzung des Wasserflusses zu Wasserzeugung sich hier manche Industrie entwickeln. Es hätten sich nun heute hier im Saalbau undreas eine Anzahl Interessenten sowie die Bürgermeister und Einwohner der umliegenden Gemeinden eingefunden, um zum Bau einer Staude durch das untere Geländchen Stellung zu nehmen. Herr Bergwerksdirektor Dr. Ing. Kugel aus Launburg leitete die Versammlung begrüßte die zahlreich erschienenen unter anderen die Vertreter des Reiches, Herrn Landrat Scheunert und Landesbaumeister Amedeo von Fiez, sowie den Herrn Vertreter des Landratsamtes Montabaur und ging des näheren auf den Zweck der heutigen Versammlung ein. Die traurigen Verhältnisse im unteren Geländchen haben sehr geföhrt, heute zum Bau einer Staude von Giershausen bis Weinhart durch das Geländchen Stellung zu nehmen und schloß an Hand einer Niederchrift und Zeichnung die Lage der Verhältnisse. Herr Landrat Scheunert befragte die Vorgesetzten dieses Projektes um ging auf dessen Finanzierung ein. Es sei bei der heutigen Lage im Reiche schwer, die nötigen Zuschüsse zum Bau zu erhalten, alles müsse aus sich heraus kommen. Doch hoffe er, daß im Anbetracht der Notwendigkeit doch Mittel und Wege gefunden werden, die zum Ziele führen. Herr Baumeister Amedeo befragte die Baukosten und empfahl die Ausarbeitung eines Projektes. Herr Scheunert von Hof Eichenau befragte die Ausführung und meinte, daß sich die Baukosten schließlich gar nicht so hoch stellen würden, da das Baumaterial direkt an Ort und Stelle gewonnen werden kann und größtenteils vorhanden sei. Herr Scheunert als Vertreter des Reiches-Beimathdienstes erläuterte an Hand einer Niederchrift die Wirtschaftlichkeit der Staude des Geländes. Nachdem noch verschiedene Redner die Staudeprojekte befragt hatten, wurde einstimmig der Bau der Staude für notwendig erachtet und einstimmig gebilligt, welches nunmehr diese Angelegenheit weiter bearbeitet zu werden hofft, daß der heutigen Versammlung ein guter Beschluß sei durch den 10-jährigen Bau einer Staude durch das untere Geländchen.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Wiedereröffnung. In diesen Tagen ist der „Rathen Hof“ (Engländer Hof) wieder eröffnet worden.

Künstlerkonzert. Nur ein Wunsch sollte geklärt werden in der kleinen Schar von Anhängern, die in anderen Tagen Staunen vor so viel Schönheit bezaubert, hingekommen: es möchte kein Ende nehmen! Angekündigt ist der Kunst darf auch der Künstler die Feder hinlegen, er der dreimal mehr als adäquat verfahren. Die Jubiläumsschicht ist sich wohl selber nicht klar geworden, welchem der Künstler die Palme gebührt hätte, ob der überweltlichen Mann sich nicht schon in Kunst, ob dem in symbolischen Prof. Strücker, ob der raffigen Technik S. Bickel, oder dem königlichen Sänger A. Weiss. Sämtliche Anführer sind Kennern und Laiken im Kassener Land bekannte Gäste. Umso bedauerlicher ist es, daß man in der für echte Kunst ein so mageres Bescheidnis, daß aber in um so sinnfälliger Interessiertheit befaßt, die in dem Verhältnis nicht zu den Konstanzen bei den Zertifikatsstückchen eines sogenannten Zauberkunstlers.

Farbenänderung der Freimarken. Infolge der neuen Gebührensätze ist der Bedarf an den bisher zweifach gedruckten Marken zu 30, 40 und 50 Pfennig so gestiegen, daß Reichsdruckerei diesen erhöhten Bedarf mit den vorhandenen Farbschmelzmaschinen—neue sind nur mit langen Wartezeiten erhältlich—nicht befriedigen kann. Es sollen deshalb künstliche Feinheitswerte der Germaniamarken einfärben, neuzugelegt und bei dieser Gelegenheit gleichzeitig die neuen Gebühren des Feinheitsverkehrs, früher 5, 10 und 20 Pfennig infolge der Wertverhältnisse auf 20, 40 und 80 Pfennig erhöht werden müssen, in den durch die Ausführungsbestimmungen im Feinheitsverkehr festgelegten Farbtönen grün, rot und blau gedruckt werden. Es hat sich daher nicht vermeiden lassen, Marken abweichender Werte der beiden Ausgaben in den glücklichen Farben herzustellen. Um Verwechselungen einzuführen, sind die Marken der neuen Art möglichst nicht eher ausgegeben worden, als bis mit den alten Beständen geräumt ist. Es ist Pflicht sich daher zur Zeit, sich nicht mit großen Beständen zu versehen.

Emser Regatta. Zu der am nächsten Sonntag stattfindenden 40. Ruder-Regatta zu Bad Ems sind die Rennfahrer zahlreicher denn je erschienen. Auch fünfjährige Teilnehmer verspricht die Veranstaltung mit einem wieder das zu nennen was sie immer war: Ein Festtag für Ems. Bei dieser Arbeit mußte ausgebracht werden, um die Regatta überaus glänzend zu gestalten. Vor allem wurde sie durch die bedeutend angewachsenen Kosten immer wieder in Frage gestellt, mußten daher unbedingt neue Einnahmequellen gefunden werden, und so entschloß man sich, den unteren Teil der Regatta, das ist beide Bahnen von der Kaiserbrücke bis zum Ziel zu sperren, und den Zutritt gegen Eintrittsgeld zu geben. Mit dieser Maßnahme ist durchaus nicht bezweckt, der Emser Bürger die Beobachtung der Rennen zu verweigern. Es soll im Gegenteil etwas geboten werden, was nicht bestand. Auf beiden Ufern wird je ein Bierwäschstand errichtet und in den Anlagen rechts der Bahn wird die Stadtkapelle spielen. Das äußere Ansehen der Regatta wird hierdurch bei zahlreicher Beteiligung der Emser Bevölkerung und des Publikums bedeutend gehoben und wird jeder das Eintrittsgeld gerne zahlen, das zur Deckung der vielen Unkosten dient. Am Ziel soll der Zeitpunkt und Tag allen sein. Eintrittskarten zum Preise von M. 3 für Platz links der Bahn und M. 6 für den Platz rechts der Bahn sind schon jetzt in folgenden Geschäften zu haben: Buchhandlung Pfeiffer, Arthur Frische, P. Hammer (Häute neben der Post), Kaufhaus J. Schmitt, Kaufhaus J. Schmitt, Regatta-Programme vertreibt Posters im Kurpark und Kurgarten. Die Preise für Emser Regatta sind im Blumengeschäft Richter (Post) tagtäglich tagtäglich ausgestellt. Zugverkehr am Sonntag den 18. Juli. Die Eisenbahndirektion Frankfurt hat ebenfalls den Besuch des Ruder-Bereichs Ems gegeben und anlässlich der Regatta folgende Sonderzüge eingerichtet. Es verkehrt ein Zug ab Coblenz 5.15 Uhr vormittags, der die Besucher, die vom Rhein kommen, die rechtzeitige Ankunft den Vorreihen ermöglicht. Ferner fährt ein Dampfzug Ems 12.05 Uhr abends bis Coblenz. Den sichersten und reichsten Gästen aus dieser Gegend ist somit die Möglichkeit gegeben, auch den Abend noch hier zu verbringen. Für die Lohnaufwärts kommenden Besucher sind die folgenden Zugverbindungen bekanntlich gut, wobei sich ein Einsteigen Sonderzügen in dieser Richtung erübrigt. Auf dem Abend 9 Uhr im „Bremer Hof“ stattfindende Versammlung der das Ereignis feierlichst abfeiern und inaktiven Mitgliedern notwendig ist, wird nochmals hingewiesen.

Letzte Nachrichten.

Eigener Nachrichtendienst der Diezer und Emser Zeitung.

Spa.

Kabinettsrat. Berlin, 14. Juli. Wie wir hören, sind um 10 Uhr vormittags in Spa die dort anwesenden Mitglieder des Reichskabinetts unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einem Kabinettsrat zusammengetreten. In dieser Sitzung soll die Stellungnahme der deutschen Delegation zu der gestern erfolgten Unterbrechung der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit erörtert und der Beschluss über das weitere Verhalten der deutschen Delegierten gefasst werden. In Berlin sind die übrigen Mitglieder des Kabinetts heute nicht zusammengetreten. Die Entscheidung liegt bei dem Teile des Kabinetts, das in Spa versammelt ist.

Die Sitzung des Obersten Rates, Spa, 14. Juli. Die Sitzung des Obersten Rates hat um 11.30 Uhr begonnen. Es wurde festgestellt, dass die so entstandene Situation die Augen zu verschleiern. Wir haben als erste Aufgabe die Unterhändler anzubieten, was in unseren Kräften liegt. Das Unterschreiben eines Vertrages, der nicht zu halten ist, könnte die Schritte, die die Entente jetzt erwägt, nur aufschieben, aber doch wohl nicht aufheben, wenn die Alliierten es wegen der schließlichen

Differenz von 2mal 100.000 T. Kohlen im Monat und wegen der langsameren Staffellung zur Lieferung zum Abschluss der Verhandlungen kommen lassen sollten. Könnte sie jeden Tag aus einem nicht erfüllbaren Paragraphen des Vertrages die gleiche Folgerung wie jetzt ziehen, nämlich die Verurteilung der Generale. Das ist keine Politik, die eine Verständigungsatmosphäre schafft. Eine Entscheidung ist nötiger als alles andere, nämlich, ob denn jetzt der Friedenszustand eintreten soll oder ob die Alliierten den Krieg fortsetzen wollen.

Vor den Folgen des Abbruchs der Verhandlungen in Spa den Kopf in den Sand zu stecken, wäre leichtfertig. Aber noch leichtfertiger wäre es, die Folgen eines unerfüllbaren neuen Vertrages auf sich zu nehmen. Wenn die Franzosen meinen, auf dem Wege militärischer Machterkämpfung zu der benötigten Kohle zu kommen... Bisher hat man diese Gründe auch noch in der neuesten Sitzung des Obersten Rates. Der belgische Außenminister, Dymans hat ebenfalls vor vier Tagen im Obersten Rat bemerkenswerte Aufklärungen in diesem Sinne der vernünftigen Ueberlegung und des Einhaltens auf die Herkräften gemacht.

Die heutigen Arbeiten der Konferenz, Spa, 14. Juli. Um 1.30 mittags gab die allgemeine Lage kein anderes Bild. Die 11.30 Uhr begonnene Sitzung des Obersten Rates ist zu Ende. Um 2.30 Uhr ist eine Unterbrechung zwischen Lloyd George und Minister Dr. Simons stattgefunden. Um 5 Uhr ist eine Besprechung zwischen Lloyd George und Millerand. Um 6 Uhr versammeln sich die Mitglieder des Obersten Rates.

Beunruhigung im Ruhrgebiet.

Wz. Bochum, 14. Juli. Die Verhandlungen in Spa über das Kohlenabkommen haben in der Bergarbeiterchaft des Ruhrgebiets eine lebhafteste Beunruhigung hervorgerufen. Diese Stimmung kommt in zahlreichen Versammlungen der Belegschaften und Betriebsräte deutlich zum Ausdruck. Besonders ist die Arbeiterchaft durch die Drohung mit der Belegung des Ruhrgebietes beunruhigt. Sollte diese Drohung verwirklicht werden sollte, würde dadurch eine vollständige Verwirrung, eine Lahmlegung aller Arbeitskraft hervorgerufen werden. Zahlreiche Vergleiche tragen sich mit dem Gedanken, im Falle der Belegung des Ruhrgebietes zu verlassen. Beim Alten Bergarbeiterverband laufen stochernde Briefe und Telegramme ein, die die zunehmende Schwierigkeit der Produktionssteigerung im Bergbau erkennen lassen. Der Bergarbeiterführer hat landesweit auf Grund der tatsächlichen Lage im Ruhrgebiet folgendes dringende Telegramm an Minister Simons in Spa:

Die Berichte aus der Bergwerksberufen ergeben die zunehmende Unlust der Bergarbeiter, weiter oder noch mehr Unverschieden zu verfahren. Gründe: 1. die außerordentlich schlechte Ernährung, vor allen Dingen das ungenügbare Brot, 2. die Jahreszeiten Temperatur, die regelmäßig auf die Ueberarbeit hemmend einwirkt, 3. die Nachrichten aus Spa, daß Zwangsmaßnahmen gegen das Ruhrgebiet erbetet würden. — Ich bitte, dies bei den weiteren Verhandlungen zu berücksichtigen. Hue.

gebäcksmittelwerke für den Stadtbezirk Diez.

Freitag, den 16. Juli 1920.
Fleisch und Fleischwaren. Verkaufsstellen in dieser Woche die Metzgereien: Guteneuer, Vog, Lührer, Sobel, Sterkel und Thomas.
250 Gr. Haiserfloss, das Pfund zu 2.40 Mark.
250 Gr. Weis, das Pfund zu 4 Mark gegen Ab-
schnitt 26 der Einfuhrzolltarif für Mehl in allen
Geschäften.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Erlasses des Preussischen Ministers für Volkswirtschaft vom 18. Juni 1920 wird die in Absatz 2 unserer Anordnung vom 2. März 1920 festgesetzte Frist bis zum 30. September 1921 verlängert.
Diez, den 10. Juli 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Geschäftsführung des städtischen Wohnungsamtes ist von heute ab dem Rechnungsführer Philipp Adolph, Kanalstraße, übertragen worden. Das Publikum wolle sich daher lediglich an diesen wenden. Besondere Sprechstunden werden noch festgesetzt und bekannt gegeben werden.

Derjenige des Wohnungsamtes bleibt jedoch der Beigeordnete Eckhardt, der auch die Angelegenheiten des Mietungsamtes weiter bearbeitet.
Diez, den 10. Juli 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Betr.: Sammeln von Holz im Stadtwald „Hain“.
Die Blänierungen im Stadtwald „Hain“ haben einen derartigen Umfang angenommen, daß wir gezwungen sind, nunmehr rücksichtslos gegen die Jäger vorzugehen.

Das Sammeln von Holz ist von jetzt ab nur dem gehalten, der in Besitz eines Bescheides ist, der beim Polizeiamt auf Antrag ausgestellt wird.

Holz darf nur Dienstags und Freitags nachmittags in der Zeit von 1 bis 7 Uhr gesammelt werden und zwar unter Aufsicht des Hütewächters.

Wer in einer anderen Zeit oder ohne Erlaubnis Holz angetroffen wird, hat eine empfindliche Strafe zu erwarten.

Diez, den 21. Juni 1920.

Die Polizeiverwaltung.

Öffentliche Warnung.

Die hohen Preise für Obst und Gemüse sowie für sonstige Artikel des täglichen Bedarfs haben auch unter der Bevölkerung von Diez berechtigten Entzweiung hervorgerufen. Diese Preise sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Erzeuger, Groß- und Kleinhändler übermäßige Gewinne erzielen wollen. Es ist festgestellt worden, daß die Preise in Diez vielfach erheblich höher sind als selbst in anderen Städten des Bezirks. Wir warnen hiermit Erzeuger und Verkäufer vor ungerechtfertigten Preiserhöhungen und erwarten, daß dieser Hinweis Beachtung findet, andernfalls wir uns gezwungen sehen, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Diez, den 29. Juni 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der diesjährigen Ruder-Regatta wird die allgemeine Schiffsahrt auf der Bahn im Stadtbezirk Diez am Samstag, den 17. d. Mts., mittags 12 Uhr ab bis zum Sonntag, den 18. ds. Mts., abends 7 Uhr gesperrt.

Diez, den 14. Juli 1920.

Staatliches Wasserbauamt.

Bahnhofswirtschaft Bad Ems

neu übernommen.

Warme u. kalte Küche zu jeder Tageszeit.
Frankfurter und Münchener Exportbier,
Schoppenweine zu angemessenen Preisen.

Heinrich Grunewald, Bad Ems.

Jagdglas

Anboten, auf der Bont am
Sonntagabend zwischen 7
Uhr und 10 Uhr, werden
abgegeben. Gegen hohe
Belohnung abzugeben auf der
Bürgermeister Zimmer.
Diez, 1588

Möblierte Etage

in der Nähe vom Bahnhof
Ems 2 bis 3 Schlafzimmer
und Wohnzimmer, Bade-
zimmer für länger gesucht.
Off. u. H. H. 1222 an
Ann. Exp. G. Seidenberg,
Coblenz, 1588

Danksagung.

Für die überreichen Beweise der Liebe und Teilnahme während der Krankheit und beim Begräbnis unserer lieben, unvergesslichen Mutter und Großmutter

Frau Ida Struth Ww.

geb. Eckhard

sowie für den gespendeten geistlichen Trost, sagen
innigen Dank

die Familien Struth, Backhaus, Pracht,

Katzenelnbogen, Marienberg, Limburg u. Horborn,
den 13. Juli 1920.

Preisermässigung!

Empfehle mein Lager in:

**Waschstoffen für Kleider, Blusen
u. Schürzen, Bettzeug, Bettkattune.
Bettbarchand, Anzugs- u. Kleider-
stoffe, Zwirnhosenstoffe, Blaulei-
nen, fertige Hosen, Anzüge, Hem-
den p. p.**

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

**Ernst Frohwein,
Katzenelnbogen.**

Die glückliche Geburt eines gesunden **Jungen**
zeigen hoch erfreut an

Dr. jr. K. Bender und Frau
Erna, geb. Thielmann.

DIEZ, 14. Juli 1920.

Für die vielen Gratulationen und Ge-
schenke anlässlich unserer **Vermählung**
danken herzlichst

Wilhelm Kaffine u. Frau.

BAD EMS, den 14. Juli 1920.

Christl. Metallarbeiter - Verband
Ortsgruppe Ems.

Freitag, den 16. d. Mts., abends 8 Uhr
Hotel „Im Römer“

:: Kartell-Versammlung ::

Vortrag des Kollegen Kirsch aus Coblenz über:
Die Aufgaben des Bezirkskartells, Steuerfrage u.
Lebensmittelsteuerung.

Der Vorstand.

Schellfische
Cabeljan
Schollen
Steinbutte
Hellbutte
Rotzungen
heute frisch eingetroffen

Albert Kauth, Ems
Fischhandl. Tel. 29.

Ungeziefer

jeder Art vertilgt radikal
Sammerjäger Schufen.
Angebote um. E. D. 41 an
die Gesch. 1573

Neue Heringe

Nordische Matjes-Heringe pr. St. M. 1.50
bei 100 Stück Mk. 1.40

Ia. Holl. Voll-Heringe pr. St. M. 1.40
bei 100 Stück Mk. 1.30

Riesen-Fett-Heringe pr. St. M. 1.20
bei 100 Stück Mk. 1.10

Holländer Sardellen pr. Pfd. Mk. 16.—
bei 10 Pfd. Mk. 15.— per Pfd.

empfiehlt

Alb. Kauth, Bad Ems

Telefon 29.

Westdeutscher Spielverband

Bezirk Lahn.

Das Bezirksfest des Bezirkes Lahn verbunden mit der Austragung von Bezirksmeisterschafts- und Jugendwettkämpfen, das am kommenden Sonntag auf dem Oraniensteiner Grottenplatz in Diez stattfinden sollte, mußte, da der Platz an diesem Tage nicht zur Verfügung steht, auf Sonntag, den 25. Juli d. J. verlegt werden.

Hausmädchen
für sofort gesucht
Hotel Stadt Wiesbaden
Ems. 1577

Servierfräulein
zur Aufnahme gesucht 1570
Cafe Weber, Ems.

Mädchen
zur Führung eines mutter-
losen Haushalts gesucht. Off.
unter Z. 188 an d. Gesch.

Mädchen
oder ältere Person gesucht.
Näh. Geschäftsst.

Maurer
gesucht.
Bausach. J. B. Sauer,
Niederlahnstein.

Tafelfisch
1 Pfd. 3 Mk. empfiehlt
1575 J. Gerdt, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Schellfische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Pfirsische
zu verkaufen 1571
Coblenzstr. 3, Ems.

Blumenkohl, Tomaten,
Gurken, Weißkraut,
Wirsing, Kohlrabi, Meer-
rettich, Zwiebeln, Knob-
lauch, grüne Bohnen,
Wachsbohnen, Erbsen,
Karotten

empfiehlt zu billigsten
Preisen

H. Umsonst, Ems.

Telefon 2.

Feldgr. Bluse
neu, oder noch gut erhalten,
für große Figur, zu kaufen
gesucht. Schmidt, Polizei-
Oberwachmeister, Ems.

Garant. rein.

Blütenfchl.-Honig
Bis 16 Mk. bei gr. Quant.
billiger. Lehrer Albrecht,
Lahnburg a. L. 1580

Matratzenbetten u. Möbel
zu verkaufen.

Badhausstr. 2, Ems.

Größeres Quantum gute

Reisbrot

zu verkaufen. 1565
Lahnstr. 16, Ems.

Zu verkaufen:
2 Gaslaster, 11 Wein-
fäß, Eisbrenn, Hand-
werkzeug.

Wilhelms-Allee 35 I
Ems 1576

Biete an:

alle Sorten Mosel- und
Saarweine, Rheinweine,
in- u. ausl. Rotweine,
Cognac u. Spirituosen
in best. Qualität. Liefere
in klein. u. gross. Posten.

Franz Mentzel
Weinhandlung.

Bad Ems, Lahnstr. 26

Zagl. 25 Mk. u. verdienen.
bis 15 Mk. im Drog.
Joh. S. Schmitz, Werben-
verlag, Köln 947. 1573